

BSF kämpft gegen "Frauenemanzipation auf Kosten der Männer"

Autor(en): **Müller, Margarethe**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Emanzipation : feministische Zeitschrift für kritische Frauen**

Band (Jahr): **9 (1983)**

Heft 3

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-359904>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

BSF KÄMPFT GEGEN

”FRAUEMNEMANZIPATION AUF KOSTEN DER MÄNNER”

Zur Vernehmlassung des BSF zum Bericht der Eidg. Kommission für Frauenfragen

Mehr als ein Jahr ist es her, dass der Bericht der Eidg. Kommission für Frauenfragen "Biografie und Rollennorm" herausgekommen ist und von der Presse sehr unterschiedlich kommentiert wurde: Wurden einerseits die auf einen Abbau der Geschlechterrollenfixierung hinzielenden und familienfreundlichen Empfehlungen der Kommission von der liberalen und der sozial-demokratischen Presse begrüsst, so wurde andererseits der Bericht im konservativen Blätterwald als ideologisch feministisches Emanzentraktat verschrien. Auf Ablehnung stiessen dabei vor allem Forderungen, die ein garantiertes Recht auf Arbeit für alle Frauen (auch die verheirateten und die Mütter) forderten sowie Aussagen, die eine Steigerung der Lebensqualität (z.B. die für Mann und Frau ausgedehntere Zeit für die Familie) auf Kosten des nur quantitativen wirtschaftlichen Wachstums begrüsst.

Die grösseren Frauenverbände hatten sich damals noch nicht zum umstrittenen Frauenkommissionsbericht geäussert, sondern dessen Empfehlungen in eine verbandsinterne Vernehmlassung gegeben. Mit solchen Vernehmlassungen traten nun der BSF (=Bund Schweiz. Frauenorganisationen) im Januar und der SKF (=Schweiz. Katholischer Frauenbund) an die Öffentlichkeit.

Es sei vorweggenommen, dass die Stellungnahme des SKF nicht nur seriöser erarbeitet worden, sondern auch weit frauenfreundlicher und emanzipationswilliger" ausgefallen ist als diejenige des BSF.

Die zusammenfassende Stellungnahme des BSF, in der die grundsätzliche Kritik an den Empfehlungen des Frauenkommissionsberichts ausgeführt wird, strotzt vor Missverständnissen und Unterschieden. So wird etwa der Frauenkommission vorgeworfen, "sie missbrauche Freiheit, um Freiheit einzuschränken",

obwohl diese immer wieder betont, dass sie mit ihren Vorschlägen keineswegs ein neues Familienleitbild resp. neue Rollenclichés schaffen wolle. Oder aber es wird unterschoben, dass "materielle Unabhängigkeit mit Selbstverwirklichung gleichgesetzt wird" (aufgrund der Aussage, dass materielle Unabhängigkeit einen grossen Einfluss auf eigenständiges Bewusstsein haben könne).

Ein paar Blüten aus dem Vernehmlassungstext:

Die folgenden Zitate stammen alle aus der "Vernehmlassung des BSF zum Bericht der Eidg. Kommission für Frauenfragen 'Die Stellung der Frau in der Schweiz. Teil 4: Biografien und Rollennorm' ". Der BSF hat diese Vernehmlassung im Januar 83 der Presse vorgestellt.

Laut Zusammenfassung der Vernehmlassungen des BSF zeigte sich die Mehrheit der sich äussernden Verbände darüber befremdet, dass im Zusammenhang mit den von der Frauenkommission erwogenen Massnahmen, die der Gleichstellung der Frau dienen sollen, auch an staatliche Eingriffe in der Wirtschaft und sogar die Privatspäre gedacht worden ist. So wird dieses Befremden etwa auf folgenden Nenner gebracht:

“Bei aller Befürwortung einer Besserstellung der Frau möchte man doch nicht, dass dieser Prozess auf Kosten des Mannes, der Familie oder des freiheitlichen Staats- und Wirtschaftswesens vor sich geht.”

Eine Gratis-und-Franko-Besserstellung der Frau also (auf Gleichstellung scheint beim BSF bereits verzichtet worden zu sein), die "man" sich vielleicht als supplément spécial vom Osterhasen wünscht? Die Männer sind da jedenfalls die ganz falsche Adresse.

Susanne Jenny, die Präsidentin der Basler Frauenzentrale, erläutert die noch weitergehende Skepsis der "ihr" angeschlossenen Frauenverbände: "Es waren (...) realistische Überlegungen, ob die Forderungen (der Frauenkommission) nicht zu einem Austausch der Machtposition führen könnten." (in einem Leserbrief an die BaZ).

...“Das Zusammenleben werde erst dann fruchtbar wenn jeder Mensch gewillt sei, eigene Verantwortung zu tragen.”

Also Frauen, nehmt Euch ein Vorbild: So verantwortungsvoll diese Männer ihre Privilegien tragen, so sollt ihr auch Eure Benachteiligung mit Verantwortung auf Euch nehmen, so geht Ihr fruchtbaren Zeiten entgegen. Zum Beispiel einer Aufwertung Eurer Rolle als Hausfrau und Mutter:

“Ganz besonders wird bedauert, dass im Bericht jeder Ansatz fehle, welcher zu einer Aufwertung der Frau in ihrer Rolle als Hausfrau und Mutter führen könnte.”

Die Betonung dieses Aspekts der Frauenrolle sollte sich eine Frauenkommission wirklich zur vordringlichsten Aufgabe machen, um dem leider immer noch so verbreiteten Clichée entgegenzuwirken, dass die "eigentliche Aufgabe der Frau" nur in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kultur, Sport, etc. liegt!

Zum Glück haben wir im BSF eine Frauenorganisation, die den Umtrieben der Eidgenössischen Frauenkommission kritisch gegenübersteht, sich vor Verdächtigungen nicht scheut und in ihren schlimmsten Befürchtungen auch kein Blatt vor den Mund nimmt:

“Es wird sogar der Verdacht geäußert, dass die Empfehlungen und Massnahmen des Berichts darauf abzielten, die Auflösung der Familie herbeizuführen und die Bildung einer neuen Gesellschaftsstruktur anzuvisieren.”

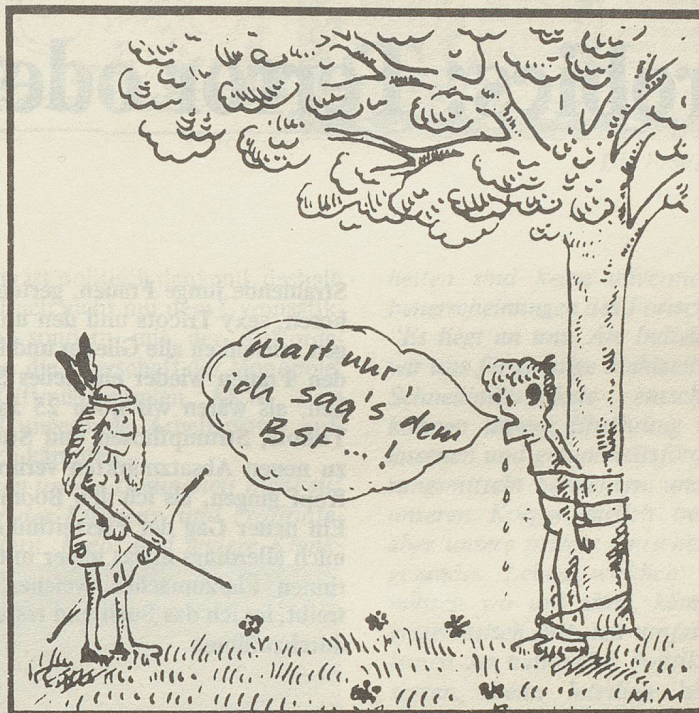
Dieser Verdacht ist mehr als begründet, setzt sich die Kommission doch neuerdings mehrheitlich aus Frauen zusammen und zwar aus solchen radikalfeministischster Richtung. Dass die eventuellen Folgen einer derartigen Übervertretung der radikalen autonomen Frauenbewegung in einer immerhin eidgenössischen Kommission hier einmal unverblümt beim Namen genannt werden, ist höchste Zeit! Vor allem, wenn man bedenkt, dass das autoritäre Gehabe dieser in ihrer Funktion den Bundesrat beratenden Kommission bereits so weit geht, dass unsere Landesväter in praktisch allen relevanten politischen Entscheiden mit gebundenen Händen dastehen, bevor die Frauenkommission ihr Placet dazu gegeben hat. (Als Beispiel für den radikalfeministischen Einfluss der Eidg. Frauenkommission möge die Botschaft des Bundesrates zur Mutterschaftsversicherung dienen.)

“Ein Verband bemerkt, dass bei den Verfassern (des Frauenkommissionsberichts) anstelle von demokratischer Willensbildung das Motto gelte: und bist du nicht willig, so brauch ich Gewalt.”

Wo das hinführen könnte, liesse man dieser Kommission freie Hand!

Die grösste schweizerische Frauenorganisation – im Schlepptau patriarchalischer Interessen?

Der BSF nimmt gerne für sich in Anspruch, die Mehrheit der Schweizerfrauen zu repräsentieren. Er ist zweifellos die grösste schweizerische Frauenorganisation, vertreten die angeschlossenen Verbände doch insgesamt rund 400'000 Frauen. Politik wird im BSF allerdings in den obersten Gremien gemacht. So ist auch sehr fragwürdig, inwiefern die skizzierte Vernehmlassung zum Bericht der Eidg. Frauenkommission als für den BSF repräsentativ angesehen werden darf. Nebst den Frauenzentralen von 12 Kantonen und einer Reihe von Berufsverbänden, haben sich etwa unter der Kategorie “politische Frauengruppen” eine SP-Gruppe, eine Landesring Gruppe, 2 SVP-Gruppen und 8 (!) FdP-Gruppen geäußert.



Beim Durchlesen der Vernehmlassungsunterlagen fragte ich mich zudem, wie die zitierte Gesamteinschätzung zustandekommen konnte, wenn nicht durch mutwilliges Zurechtbiegen der einzelnen Stellungnahmen: Sieben von den insgesamt neun Empfehlungen der Frauenkommission finden “weitgehende Zustimmung”, “weitgehenden Anklang”, oder “breiten Konsens”. Deziidiert abgelehnt wird mehrheitlich einzig die fünfte Empfehlung, die eine (finanzielle) Solidarität der Personen ohne Betreuungspflicht (gegenüber Kindern, Kranken, Verwandten..) mit Personen mit Betreuungspflichten verlangt.

Aber auch wenn wir über die Beeinflussung, die möglicherweise in der Abfassung des Vernehmlassungstext stattgefunden hat, hinwegsehen, geben die Äusserungen des BSF in jünster Zeit zu denken. Die Hauptaktivitäten der letzten Jahre bestanden

- in einer Haushaltsbewertungsstudie, die in der Forderung nach Aufwertung der Hausfrau gipfelte (vgl. letzte Nummer der EMANZIPATION)
- in der Entwicklung eines Modells für einen obligatorischen Nationaldienst für Frauen, der organisatorisch an die leider (so wörtlich eine BSF-Vertreterin) nicht mehr in allen Kantonen existierenden Haushaltsobligatorien angeschlossen werden könnte.
- in der sich wiederholenden Kritik der Eidg. Kommission für Frauenfragen, deren Forderungen als unrealistisch tendenziös und undemokratisch apostrophiert werden.

Ob damit die Fraueninteressen genügend und optimal vertreten sind? Sicher sind jedenfalls ganz im Sinne unserer politischen und wirtschaftlichen Landesväter die offiziellen Gelder von Bundesseite (z.B. Bundesfeierspende) im BSF am goldrichtigen Ort investiert.

Margarethe Müller

Die wichtigsten Empfehlungen des Berichts der Eidg. Kommission für Frauenfragen “Biografie und Rollennorm” in Stichworten:

1. Gleichbehandlung von Knaben und Mädchen in der Erziehung.
2. Einbezug der Männer in den Lehrkörper der Unterstufenerziehung. Abbau der Fixierung von Knaben und Mädchen auf geschlechtsspezifische Berufslehren.
3. Ausbau der Berufsberatung und Ausbildungshilfen für Mädchen.
4. Versorgungsunabhängigkeit in der Ehe für Mann und Frau.
5. Solidarität der Personen ohne soziale Unterstützungspflichten mit Personen mit sozialen Unterstützungspflichten durch finanzielle Beiträge zur Garantie deren Versorgungsunabhängigkeit.
6. Prüfung einer generellen Herabsetzung der maximalen Arbeitszeit und Schaffung von Möglichkeiten, dass Väter und Mütter von Kleinkindern reduziert erwerbstätig sein können.
7. Blockzeiten für gleiche Altersgruppen in Schule und Kindergarten, Einrichtung von Tagesschulen und Infrastrukturen für alleinerziehende Eltern (Kinderkrippen, Horte, Tagesmütter, etc.).
8. Unterstützung des beruflichen Wiedereinstiegs für Frauen durch Einrichtung und Subventionierung von entsprechenden Kursen.
9. Überwindung der geschlechtsspezifischen Spaltung des Arbeitsmarktes.